



Niederschrift

48. Plenarsitzung Gemeinderat
20. März 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

17.

Punkt 17 der Tagesordnung: Erhöhung der Mittel Clearingstelle SkF/ akuter Bedarf Interfraktioneller Antrag: CDU, GRÜNE, SPD, KULT, FDP

Vorlage: 2018/0064

Ergänzungsantrag: Die Linke

Vorlage: 2018/0145

Beschluss:

In den Sozialausschuss verwiesen

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf.

Ich stelle fest, dass hier keine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt, weil der Ergänzungsantrag so umfassende Fragen stellt, dass wir uns nicht in der Lage sahen, das kurzfristig zu beantworten. Unser Vorschlag zu dem Ergänzungsantrag wäre, dass wir die Thematik vonseiten der Verwaltung im Sozialausschuss am 11. Juli 2018 aufrufen, und dann zu diesen Themen Informationen geben. Formal kann ich es nicht als Antrag verweisen, aber wir sagen Ihnen zu, dass wir das Thema auf die Tagesordnung setzen, und dann auch zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen, gesprächsbereit sind.

Stadtrat Müller (CDU): Wir haben hier einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE, SPD, KULT und FDP eingebracht, weil wir aus den Beratungen im Sozialausschuss mitbekommen und evaluiert haben, dass ein akuter Handlungsbedarf bei der Clearingstelle des Sozialdienstes der katholischen Frauen vorhanden ist. Es ist hier leider zu verzeichnen, dass es einen zunehmenden Beratungsbedarf von gewaltbedrohten Frauen gibt, wenn man die Zahlen, die uns vorliegen, so interpretiert. 2014 waren es noch 174 Kontakte, die sind 2017 schon auf über 300 gestiegen. Außerdem ist die Dichte, das heißt, die Notwendigkeit der Gespräche pro Kontakt, um fünfzig Prozent deutlich gestiegen. 2014 waren es unter fünfzig Prozent und 2017 sind es dann schon über achtzig Prozent. Dies hat uns dazu bewogen den Antrag zu stellen. Damit die Frauen die Möglichkeit haben, akut beraten

zu werden, müsste die Beratungszeit auf 14 Stunden erhöht werden, bisher sind es 8,6 Stunden. Wir sollten deswegen eine überplanmäßige Ausgabe beschließen, um auf diese akute Situation zu reagieren, die jetzt übermäßig ist, im Gegensatz zu dem was wir gedacht haben, dass wir ermöglichen können, dass der Sozialdienst katholischer Frauen ihre Clearingstelle und die Beratung in der gewohnten Qualität fortführen kann.

Stadträtin Melchien (SPD): Am 1. Februar 2018 ist die Istanbuler Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Kraft getreten. Die einundachtzig Artikel des Übereinkommens enthalten, und da zitiere ich jetzt „umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter“. Ich bin jetzt keine Staatsrechtlerin und möchte auch nicht spitzfindig sein, aber aus Sicht der SPD-Fraktion ist ein verstärktes Tätigwerden, spätestens seit Inkrafttreten dieser Konvention, keine klassische freiwillige Leistung, sondern ein dringend gebotenes Handeln der öffentlichen Hand. Ich bin sehr froh, und das spricht für uns als Gremium, dass dieser Antrag von allen Fraktionen des Karlsruher Gemeinderats gemeinsam gestellt wird.

Wenn wir es als notwendig erachten, Mittel und Wege zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu finden, dann müssen wir Träger und ihre Mitarbeitenden, die bereits in diesem Bereich tätig sind, ernst nehmen, wenn Sie uns gestiegene Bedarfe melden. Auf die Zahlen ist mein Vorredner eingegangen. Die Tatsache, dass immer mehr Betroffene von häuslicher Gewalt sich an die Clearingstelle wenden, ist auch Beleg für den Erfolg und die Bedeutung dieser Arbeit. Bisher wurden die gestiegenen Bedarfe durch Mehrarbeit der Mitarbeitenden nach Möglichkeit aufgefangen, jetzt ist es an uns als Karlsruher Gemeinderat, den notwendigen Rahmen zu schaffen, dass diese wichtige und wertvolle Arbeit entsprechend den Bedarfen der Hilfesuchenden weitergeführt und auch ausgedehnt wird. Mein Dank gilt auch der Stadtverwaltung für ihre positive Antwort. Die Aufgabe von uns allen, der Stadtverwaltung und der Politik wird es nun sein, und so verstehe ich auch den eingebrachten Ergänzungsantrag, dass wir uns jetzt gemeinsam überlegen welche Maßnahmen nötig sind, um auf Grundlage der Istanbuler Konvention dieses Ziel zu erreichen, nämlich häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen in Karlsruhe zu verhindern.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich möchte es mit dem interfraktionellen Antrag kurz machen. Die Vorrednerinnen sind ja bereits inhaltlich auf die Angelegenheit eingegangen. Ich möchte für die GRÜNE-Fraktion erklären, dass wir mit diesem heutigen Antrag ein Versprechen einlösen. Wir hatten im Rahmen der Haushaltsstabilisierung immer wieder erklärt, sollte es aufgrund von Einsparungen im Sozialbereich zu Engpässen kommen, dass wir bereit sind, diese auch wieder zurückzunehmen. Das war bei der SkF Clearingstelle eindeutig der Fall. Zum Ergänzungsantrag der Linken, bei der im Jahre 2018 in Kraft getretenen Istanbuler EU Konvention, handelt es sich um die erste verbindliche und umfassende internationale Übereinkunft in Europa, mit der das Problem der Gewalt gegen Frauen angegangen wird. Die GRÜNE-Fraktion unterstützt prinzipiell alle Begehren, um Schutzeinrichtungen vor häuslicher Gewalt weiter auszubauen und zu stärken. Daher begrüßen wir den Antrag der Linken. Es sollte ein vorrangiges Ziel der Stadtverwaltung und Politik sein, der Gewalt gegen Frauen ein Ende zu setzen.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Mein Beitrag wird ganz kurz, und ich freue mich, dass wir mit unserer Bitte, das Ganze etwas grundsätzlicher zu betrachten, offene Türen eingerannt

sind. Wir sind mit der Antwort der Stadtverwaltung sehr zufrieden. Ich möchte noch auf zwei Dinge hinweisen, das eine ist dieser genannte Engpass, dem jetzt finanziell begegnet wird, das ist kein vorübergehender Engpass, sondern das ist leider ein Dauerzustand. Das schreiben die Beschäftigten in den Einrichtungen auch in ihren Jahresberichten, und sie sagen immer, dass für bestimmte Themen überhaupt kein Geld da ist, und dass man versucht, das anzugehen. Ich denke, es wäre jetzt der Zeitpunkt das grundsätzlich anzugehen und zu sagen, bei Themen wie Prävention zum Beispiel oder Mehrfachtäter oder Mehrfach-
taten, muss das Geld jetzt einfach irgendwann da sein. Das war unsere Intension für unseren Zusatzantrag. Wir wollen auch, dass die Situation der Beschäftigten noch mal anders angesehen wird, weil so etwas wie Arbeitsüberlastung und die Schwere der Arbeit ist aus unserer Sicht in der Vergangenheit nicht richtig in den Fokus genommen worden, und da möchten wir, dass es in Zukunft anders wird.

Der Vorsitzende: Damit haben Sie wahrgenommen, dass wir uns diesem breiten überfraktionellem Antrag sozusagen angeschlossen haben, weil wir das auch für überwältigend halten, und die inhaltliche Aufarbeitung der Fragen, wird dann im Sozialausschuss im Juli erfolgen. Damit können wir diesen Tagesordnungspunkt für heute abhaken.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
9. April 2018